

Eine „Heldengeschichte der deutschen Technik“

Die industrielle Herstellung synthetischer Farben war im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu einer Schlüsseltechnologie geworden. Erstmals waren hier Arbeitsweise und Forschungsergebnisse einer modernen Naturwissenschaft für Produktion und Fabrikation nutzbar gemacht worden. Die führenden Männer der großen deutschen Farbenfabriken strotzten Ende des 19. Jahrhunderts vor Selbstbewusstsein. Aus kleinen primitiven Betrieben, die auf geheimnisvolle Weise aus Teer neuartige Farben herzustellen versuchten, waren kapitalkräftige Aktiengesellschaften herangewachsen, die ihre Erzeugnisse schnell in alle Welt exportierten und die ausländische Konkurrenz mittlerweile uneinholbar überflügelt hatten. Im Gefolge der „Chemisierung“ des Deutschen Reiches veränderte sich auch die geopolitische Ordnung der Welt – zu Lasten der großen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich.

Es war ein Vorgang von exemplarischer Bedeutung, als synthetische Erzeugnisse der deutschen Teerfarbenfabriken die bis dahin wichtigsten Pflanzenfarbstoffe Alizarin und Indigo ersetzten. Erstmals hatte sich das Deutsche Reich aus eigener Kraft von ausländischen Einfuhren unabhängig gemacht, und es schien nun prinzipiell möglich, dass die deutsche chemische Industrie alle Benachteiligungen einer ungleichen geographischen Verteilung wichtiger Rohstoffe würde wettmachen können. Die „Tributpflicht an fremdes Klima“ hieß es, habe ein Ende. An die Stelle von Kolonialbesitz in tropischen Zonen, die bisher die Macht einer Nation bestimmten, sollte nun die Leistungsfähigkeit von Wissenschaft und Technik treten.

Bereits 1868 war es den deutschen Chemikern Cal Gräbe (1841–1927) und Carl Liebermann (1842–1914) in Berlin gelungen, das begehrte Krapprot synthetisch im Labor herzustellen. Das Patent verkauften die Entdecker 1869 an die BASF, die das traditionelle, bisher aus den Wurzeln der Krapp-Pflanze gewonnene, Rot nun synthetisch und zu günstigen Preisen in Massen herstellen konnte. Die großflächigen südfranzösischen Anbaugelände der Krappwurzel, die bisher Europa mit dem roten Textilfarbstoff versorgt hatten, lagen nun brach. Viele Bauern verarmten und wanderten nach Amerika aus.

Von weit größerer Bedeutung war es, als gegen Ende des 19. Jahrhunderts das britische Indigo-Monopol erst ins Wanken geriet und dann rasch zerfiel. Das Blau des Indigostrauchs bildete zu jener Zeit den wichtigsten Na-

turfarbstoff und wurde aus den britischen Kolonien in alle Welt exportiert. Folgende Darstellung verdeutlicht die Bedeutung des Indigoblau:

„War das Krapprot die Farbe der Hosen des französischen Militärs, so war das Indigoblau die Farbe der Matrosenuniform und so manchen Waffenrocks. Es war aber auch die Farbe der Arbeitskleidung in Europa und im Fernen Osten: Blau durch Indigo war der Kittel des Fuhrmannes und des chinesischen Bauern. Die jährliche Weltproduktion dieses Naturfarbstoffes betrug in den achtziger Jahren nicht weniger als 5 Millionen Kilogramm, bezogen auf 100prozentigen Farbstoff. Da der Verkaufspreis bei etwa 20 Mark je Kilogramm Indigo lag, handelte es sich um ein Objekt von etwa 100 Millionen Mark im Jahr.“

Der BASF gelang es schließlich 1898 den „König der Farbstoffe“ weltweit als industrielles Erzeugnis anzubieten. Die Arbeit an einer industriellen Indigosynthese hatte mehr als 20 Jahre gedauert und der BASF die ungewöhnlich hohe Investitionssumme von 18 Millionen Reichsmark gekostet. Doch die Anstrengungen dieser Großforschung zahlten sich rasch aus. Schon drei Jahre nach Beginn der Produktion konnten die Verantwortlichen der BASF der Deutschen Chemischen Gesellschaft berichten, entspricht „unsere heute schon erreichte Produktion von Indigo derjenigen für welche im Mutterland des Pflanzenindigos eine Fläche von mehr als 100 000 ha in Anspruch genommen wird“.

Die Indigo-Ernte auf den englischen Plantagen in den Kolonien hingegen lag zu Beginn des 20. Jahrhunderts nur noch bei einem Drittel der ursprünglichen Menge.

In Deutschland galt der künstliche Indigofarbstoff nun als Symbol nationaler Stärke. Das Deutsche Reich, das bisher viele Rohstoffe aus dem Ausland importieren musste, hatte sich auf einem wichtigen Sektor vom britischen Weltreich nicht nur unabhängig gemacht, sondern seinerseits ein Monopol errichtet.

Im Folgenden gab es in Deutschland keinen Festvortrag, keinen Beitrag über Chemie und die Industrie der Farben, welche die noch junge Geschichte der synthetischen Farben erklärten. Fachleute, wie der BASF-Chemiker Heinrich Caro nutzten jede Gelegenheit, um von ihrer Wissenschaft öffentlich das positive Bild einer weltverändernden politischen und wirtschaftlichen Macht zu entwerfen, die als Motor den Siegeszug der „deutschen Chemie“ antreibt.

Das Beispiel: Fritz Haber

Fritz Jacob Haber wurde am 9. Dezember 1868 in Breslau (heute Wrocław, Polen) geboren. Nach dem Willen seines Vaters Siegfried sollte er das elterliche Farben- und Chemikalienhaus übernehmen, doch Fritz Haber zog wie viele seiner Altersgenossen ein Studium der Chemie vor. Ab Herbst 1886 studierte er Chemie und Physik an der Berliner Universität, wechselte im folgenden Sommersemester nach Heidelberg und erwarb schließlich im Mai 1891 an der Universität Berlin den Doktorgrad. Nach einer kurzen Tätigkeit im Betrieb seines Vaters, entschied sich Haber endgültig für eine akademische Laufbahn, die 1892 an der Universität Jena begann. Im gleichen Jahr ließ er sich taufen, da er fürchtete, als Jude in seiner akademischen Karriere behindert zu werden. Allerdings heiratete er 1901 keine Christin, sondern die jüdische, promovierte Chemikerin Clara Immerwahr.



AKG, Berlin

M1 Fritz Haber (1868–1934),

Chemiker und Nobelpreisträger

1894 wurde Haber Assistent an der Technischen Hochschule in Karlsruhe. Mit 37 Jahren wurde er zum Professor ernannt und es gelang ihm die Entdeckung eines Prozesses (1913) mit dem Ammoniak durch direkte Vereinigung von Stickstoff mit Wasserstoff synthetisiert werden konnte. Unterstützt wurde Fritz Haber dabei von der BASF, die seine Forschungen seit 1908 finanzierte. Die heute als Haber-Bosch-Verfahren bekannte Methode ermöglichte es, enorme Mengen an Ammoniak aus

billigen Rohstoffen herzustellen. Ammoniak wurde damals zur Herstellung von Nitraten für Pflanzendüngemittel und für Explosivstoffe benötigt. Der Bedarf wurde vor allem aus chilenischen Salpeterorkommen gedeckt. Die Versorgung des Deutschen Reiches mit Salpeter aus Chile war im Kriegsfall durch eine zu erwartende Seeblockade gefährdet, außerdem wurde befürchtet, dass die südamerikanischen Lagerstätten in einigen Jahrzehnten erschöpft sein würden.

Durch Fritz Habers Entdeckung wurde das Deutsche Reich von Salpeterimporten unabhängig – die weltweit erste synthetische Ammoniak-Produktionsanlage ging 1913 bei der BASF in Betrieb.

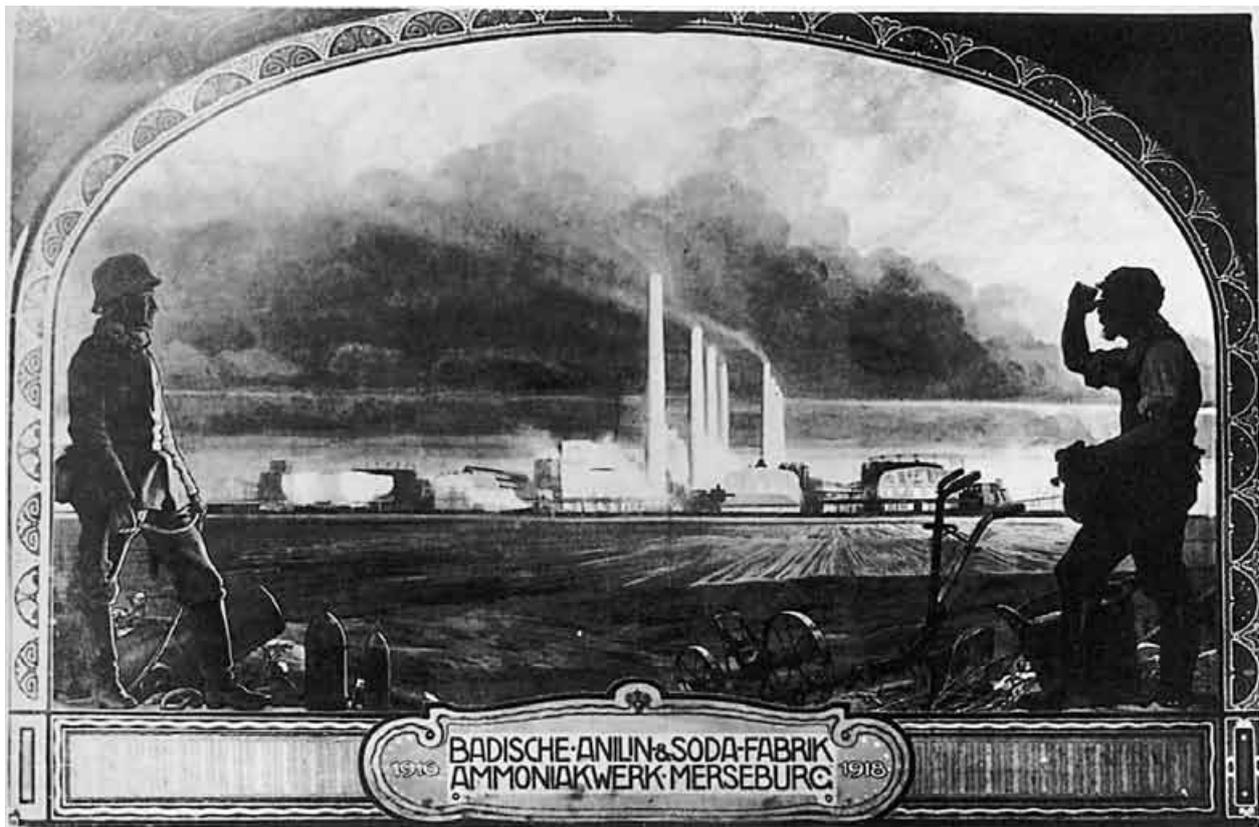
Fritz Haber wurde Direktor des ersten Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin und erhielt den Titel „Geheimrat“. Haber, dessen Einstellung der deutsche Physiker und Nobelpreisträger James Franck mit den Worten „Er war ein Patriot noch extremer als ich es war“, beschrieb, wird mit Beginn des Ersten Weltkrieges zum Chef der Salpeterversorgung der Kriegsrohstoffabteilung ernannt. Nun erlangte Haber auch, dem der Aufstieg zum Offizier bis dato aufgrund seiner jüdischen Herkunft verwehrt blieb, den Rang eines Hauptmanns. Er stellte seine Forschungen vollkommen auf die Suche nach neuen Kampfgasen um und übernahm im Laufe des Krieges als Abteilungsleiter im Kriegsministerium die wissenschaftliche Verantwortung für das gesamte Gaskampfwesen.

Fritz Haber, der als „Vater des Gaskrieges“ bezeichnet wird, obgleich er weder die chemischen Waffen noch den Gaskrieg selbst erfand, schlug der Obersten Heeresleitung Ende 1914 schließlich die Verwendung von Chlorgas vor, das die Chemieindustrie in großen Mengen im Deutschen Reich herstellen konnte.

Die gesamten Vorbereitungen für den ersten Chlorgasangriff der Geschichte, der das Zeitalter der modernen C-Waffen einläutete, überwachte Fritz Haber persönlich. Hochqualifizierte Wissenschaftler wie z.B. Otto Hahn, James Franck, Gustav Hertz, Hans Geiger standen ihm dabei zur Seite. Allerdings bekannten sich nach dem 1. Weltkrieg nur wenige dieser Wissenschaftler zu ihrer Rolle und Verantwortung.

Hermann Haber, der einzige Sohn sagte später über seinen Vater: „In Haber fand die OHL einen brillianten Geist und einen extrem energischen, entschlossenen und vielleicht auch skrupellosen Organisator.“ Fritz Haber gab an, dass er Archimedes als Leitfigur ansah, „der im Frieden, durch seine wissenschaftliche Arbeit dem Fortschritt der Menschheit diene, im Kriege aber seiner Heimat, für deren Verteidigung er Kriegsmaschinen ersann“.

Am 22. April 1915 begann in der Nähe der belgischen Stadt Ypern der Gasangriff auf sechs bis sieben Kilometer Frontlänge der deutschen Armee. Etwa 5000 britische und französische Soldaten starben. Der damals in der Schweiz lebende Chemiker Prof. Hermann Staudinger (Nobelpreisträger 1953) äußerte sich daraufhin zur gesellschaftlichen Verantwortung der Naturwissenschaftler. Er warf Fritz Haber moralische Verantwortungslosigkeit vor. Haber entgegnete mit dem Vorwurf schweren Vaterlandsverrats.



M2 Die Leuna-Werke Merseburg, Gemälde von Fritz Bersch 1918.

Haber trieb die Gaseinsätze in der folgenden Zeit weiter voran und forderte in geheimen Besprechungen vermehrte Anstrengungen von den Industrieunternehmen wie BASF und Bayer. 1917 heiratete er seine zweite Frau Charlotte. 1918 flüchtete er aus begründeter Furcht als Kriegsverbrecher verurteilt zu werden in die Schweiz und erhielt im selben Jahr den Chemie-Nobelpreis für seine Ammoniaksynthese zugesprochen. Als die Verfolgung jüdischer Wissenschaftler durch die Nationalsozialisten begann, verließ Haber das „Kaiser-Wilhelm-Institut“ unter Protest: „Mit diesen Worten nehme ich

Abschied von dem Institut, das unter meiner Leitung 22 Jahre bemüht gewesen ist, im Frieden der Menschheit und im Kriege dem Vaterlande zu dienen. Soweit ich das Ergebnis beurteilen kann, ist es günstig gewesen und hat dem Fach, wie der Landesverteidigung Nutzen gebracht.“ Am 29. Januar 1934 starb Fritz Haber – bereits schwer krank – auf einer Erholungsreise in Basel.

(verfasst auf Grundlage von Margit Szöllözi-Janze, Fritz Haber 1868–1934, München 1998; Fritz Stern, Der Traum vom Frieden und die Versuchung der Macht, Berlin (West) 1988)

Die Chemikerin Clara Immerwahr

Clara Immerwahr wurde am 21. Juni 1870 in Schlesien als jüngste Tochter von Anna und Philipp Immerwahr geboren. Ihr Vater war Chemiker und Landwirt. Die Eltern ließen die Töchter zunächst von Privatlehrern unterrichten, ihre höhere Schulbildung erhielten sie schließlich an der Krug'schen Töchterschule in Breslau. Nach dem Tod ihrer Mutter verstärkte sich Claras Wunsch nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Sie besuchte das Lehrerinnenseminar und setzte danach durch, eine Sondergenehmigung für das Ablegen des Abiturs zu erhalten, zu dieser Zeit noch ein Privileg der Männer. Zum Wintersemester 1886 wurde sie als Gasthörerin an der Universität Breslau für eine Vorlesung in Experimentalphysik zugelassen. Die Öffentlichkeit spottete über Frauen, welche diese neuen Bildungsmöglichkeiten ergriffen. In den Zeitungen fanden sich bissige Kommentare: „Man sehe sich diese weiblichen Studenten an mit ihrer schnell erworbenen Gymnasiasten- und Fuchsweisheit, sich in alle Dinge zu mischen.“ Auch viele Studenten waren Gegner des Frauenstudiums. Geheimrat Meyer, der die Vorlesung über Experimentalphysik hielt, erschien Clara zunächst etwas schroff: „Ich halte nichts von geistigen Amazonen.“ Doch als er ihr ernsthaftes Interesse und ihr Vorwissen zu spüren begann, änderte sich seine Einstellung.

Im Jahre 1897 bestand Clara Immerwahr die Reifeprüfung am Realgymnasium. Nun gab sie als Zweck ihrer Vorlesungsbesuche die „Doktorpromotion in den Naturwissenschaften“ an. Sie promovierte 1900 als erste Frau an der Universität Breslau; „magna cum laude“ im Fach Physikalische Chemie. In dieser Zeit als Frau studiert zu haben, verrät Zivilcourage. Viele Professoren waren gegen das Eindringen von Frauen in akademische Kreise, das Verbindungswesen bestimmte das Leben der Studenten. Bei ihrer Arbeit über elektrische Messungen an Schwermetallsalzen zeigte sich Claras hohe Begabung. Ihr Selbstbewusstsein als Naturwissenschaftlerin wuchs. Fachliche Dispute mit höhergestellten Kollegen, die nicht selten autoritär statt wissenschaftlich argumentieren (und gleichwohl große Karrieren machen sollten), blieben nicht aus. Claras Umgang damit war elegant und kollegial. Eine Reihe ihrer Arbeiten erschien in Fachzeitschriften. 1901 heiratete sie Fritz Haber auf dessen Drängen, auch weil sie sich erhoffte, durch eine Ehe mit ihm weiterhin wissenschaftlich arbeiten zu können. Ihre eigene wissenschaftliche Arbeit wurde jedoch weitgehend verhindert. Claras vorrangige Aufgaben waren nun – entgegen ihrem Wunsch – mehr in der traditionellen Frauenrolle zu finden.

Zwar erfüllte sich zunächst noch Claras Traum einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit. „Ich arbeite jetzt jeden Nachmittag im Institut und lese Manuskripte und mache Zeichnungen dazu. Jetzt geht es mir wieder viel besser“. Doch mit der Geburt ihres Sohnes Hermann im Jahre 1902 wandelte sich das Verhältnis zwischen den Eheleuten. Haber legte großen Wert auf seine Arbeit, während sich seine Frau in die Rolle der Hausfrau, Mut-



Süddeutsche Zeitung Photo, München

M 1 Clara Immerwahr (1870–1915) Chemikerin

ter und der Repräsentation verpflichteten Professoren-gattin gedrängt sah. Dies drückte sie 1909 in einem Brief an ihren Doktorvater Richard Abegg aus: „Was Fritz in diesen acht Jahren gewonnen hat, das – und noch mehr – habe ich verloren, und was von mir eben übrig ist, erfüllt mich selbst mit der tiefsten Unzufriedenheit. Und wenn ich einen Teil des Minus-Facits auch auf Neben-umstände und eine besondere Anlage meines Temperaments schieben muss, so ist der Hauptteil zweifellos auf Fritzens erdrückende Stellungnahme für seine Person im Haus und in der Ehe zu schieben, neben der einfach jede Natur, die nicht noch rücksichtsloser sich auf seine Kosten durchsetzt, zugrunde geht! Und das ist mit mir der Fall [...]“

Haber verfolgte ehrgeizig seine Karriere. Claras Hoffnungen, wieder mehr in die wissenschaftlichen Arbeiten ihres Mannes eingebunden zu werden, erfüllten sich nicht. Stattdessen versuchte Clara eigene Wege zu gehen. Sie vernachlässigte hin und wieder die Tischgesellschaften ihres Mannes und hielt Vorträge über „Chemie und Physik im Haushalt“ vor Frauen in Arbeiterbildungsvereinen, Vorläufern der heutigen Volkshochschulen. In Briefen äußerte sie sich deutlich antimilitaristisch. Vor allem Fritz Habers Engagement für den

Einsatz von Giftgas im 1. Weltkrieg belastete ihre Ehe. Clara bezog sehr deutlich Stellung gegen diese Position und bezeichnete das ganze Unternehmen als „eine Perversion der Wissenschaft“. Im Januar 1915 begleitete sie Haber nach Köln, wo – nahe der Westfront – freiwillige Soldaten (meist Abiturienten) für den Gaskrieg ausgebildet wurden. In Anwesenheit der Vertreter von Wissenschaft, Industrie und Militär wandte sie sich scharf gegen die chemischen Kampfstoffe. Als Fritz Haber aus Ypern zurückkehrte, wollte Clara ihn von dem weiteren Einsatz von Giftgas abhalten. Haber warf seiner Frau

Landesverrat vor und bezeichnete ihren Idealismus als realitätsfremd. Am 2. Mai 1915, dem Tag der Abreise ihres Mannes an die Ostfront, erschoss sich Clara schließlich mit der Dienstwaffe ihres Mannes. Als die zerstörerischen und menschenverachtenden Konsequenzen der chemischen Massenvernichtung immer offener wurden, blieb ihr nur der eigene Tod als persönliche Verweigerung und als verzweifelter Versuch, einzugreifen.

(zusammengestellt aus: Gerit von Leitner, Der Fall Clara Immerwahr. Leben für eine humane Wissenschaft, München 1993.)

Der IG-Farben-Prozess

Der Nürnberger Prozess gegen die Führungsspitze der früheren I.G. Farbenindustrie begann im Frühjahr 1947. Angeklagt waren neben dem früheren Aufsichtsratsvorsitzenden Carl Krauch 18 ehemalige Vorstandsmitglieder sowie vier Manager des Unternehmens. Ihnen wurden verschiedene Verbrechen zur Last gelegt. Im Einzelnen warf die Anklageschrift vom 3. Mai 1947 den Angeklagten Taten vor, welche unter die folgenden Kategorien fielen:

- Planung, Vorbereitung, Beginn und Durchführung von Angriffskriegen
- Planung und Raub in den von Deutschland besetzten Ländern
- Versklavung und Massenmord
- Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (der SS).

Die Urteile wurden am 30. Juli 1948 verkündet. Vom Vorwurf der Vorbereitung eines Angriffskrieges wurden alle Angeklagten freigesprochen – ebenso die drei Angeklagten, die beschuldigt waren, Mitglieder einer kriminellen Vereinigung gewesen zu sein. 13 Personen wurden jeweils in einem der anderen beiden Anklagepunkte für schuldig befunden und erhielten Gefängnisstrafen zwischen 18 Monaten und acht Jahren.

Die Angeklagten und ihr Strafmaß im Einzelnen:

- Otto Ambros, Walter Dürrfeld – 8 Jahre
- Fritz ter Meer – 7 Jahre
- Heinrich Bütefisch, Carl Krauch – 6 Jahre
- Georg von Schnitzler – 5 Jahre
- Hermann Schmitz – 4 Jahre
- Max Ilgner – 3 Jahre
- Ernst Bürgin, Paul Häflinger, Heinrich Oster – 2 Jahre
- Friedrich Jähne, Hans Kugler – 1 Jahr und 6 Monate
- Freispruch: Fritz Gajewski, Heinrich Gattineau, Erich von der Heyde, Heinrich Hörlein, August von Knieriem, Hans Kühne, Karl Lautenschläger, Wilhelm Mann, Christian Schneider, Karl Wurster.

Im November 1951 führte der ehemalige KZ-Häftling Norbert Wollheim einen Prozess gegen die I.G. Farbenindustrie AG. Er hatte für das Unternehmen Wollheim in Auschwitz-Monowitz Zwangsarbeit leisten müssen und verklagte nun den in Liquidation befindlichen IG Farben-Konzern auf Schadenersatz für die körperlichen und seelischen Leiden, denen er im Konzentrationslager ausgesetzt war. Insgesamt forderte Wollheim ein Schmerzensgeld von 10 000 DM. Begründet worden war die Klage damit, dass die I.G. Farben an der rechtswidri

M1 IG Farben Haus, Frankfurt/M., Luftbild

Der Poelzig-Bau oder IG-Farben-Haus wurde 1928 bis 1931 von Hans Poelzig als Zentralverwaltung für die IG Farben in Frankfurt am Main errichtet. Nach Kriegsende zog die amerikanische Militärverwaltung ein und seit 2001 beherbergt er einen Teil der Goethe-Universität.



f1 online digitale Bildagentur (Akio Anaru), Frankfurt

gen Freiheitsberaubung der jüdischen KZ-Häftlinge und ihrer menschenunwürdigen Behandlung beteiligt und damit Mittäter der SS gewesen sei. Außerdem wurde auch angeführt, dass die I.G. Farben der SS einen zu geringen Lohn für die Arbeit der KZ-Häftlinge gezahlt und sich auf diese Weise ungerechtfertigt bereichert habe. Das Landgericht in Frankfurt am Main, wo der Prozess stattfand, verkündete am 10. Juni 1953 das Urteil. Die I.G., so erkannten die Richter die Argumentation der Anwälte der I.G. Farben an, habe sich den Anordnungen des NS-Regimes bezüglich der Zuteilung von KZ-Häftlingen als Arbeitskräfte nicht entziehen können. Das Gericht stellte fest „dass die I.G. eine menschenunwürdige Behandlung der Arbeiter nicht beabsichtigt oder vorsätzlich gefördert“ habe. Andererseits aber – so die Richter – sei die I.G., nachdem sie den Einsatz von KZ-Häftlingen auf ihrem Bauplatz akzeptiert habe, auch für diese verantwortlich gewesen.

Die Verteidigungsstrategie der I.G.-Anwälte, die für eine eingeschränkte Verantwortlichkeit des Unternehmens plädierten, schlug letztlich ins Gegenteil um. So lastete das Gericht der I.G. an, dass sie keinen Vertreter des Werkes Monowitz in ihren Vorstand berufen habe. Angesichts der Tatsache, dass in Monowitz mehr als 30 000 Menschen beschäftigt waren, „spricht [dies] gegen ihre [die I.G.] Sorgfalt“, argumentierten die Richter. Die Behauptung der Verteidigung, dass niemand im I.G. Farben-Vorstand etwas von den Selektionsverfahren und Ermordungen, die in die Zuständigkeit der SS fielen, gewusst habe, ließ das Gericht zwar gelten, doch hätten die I.G.-Manager es wissen können, „wenn sie sich mehr um das Schicksal ihrer Arbeitskräfte gekümmert hätten“. In der immer wiederkehrenden Behauptung der Zeugen, „das war nicht mein Ressort“, sah das Gericht nichts anderes als „hässliche Ausflüchte“. Das Gericht akzeptierte auch nicht die Entschuldigung, I.G.-Verantwortliche hätten mit Strafen rechnen müssen, wenn sie Widerstand gegen die SS geleistet hätten: „Nach eingehender Prüfung ist [...] die Kammer zu der Ueberzeugung gelangt,

dass den Beklagten [der I.G. Farben], wenn sie wirklich ernsthaft gewollt hätten, ein [...] Widerstand gegen die SS in gewissem Umfang möglich gewesen wäre. Die Ueberzeugung gründet sich zunächst auf die [...] Urkunde vom 3.11.1942, nach der der SS, zur Kenntnis gebracht wurde, dass die Beklagte die Besorgung der Lebensmittel für die Häftlinge selbst übernommen habe. Dies ist nicht die Sprache des Untergebenen, geschweige denn des ängstlichen Untergebenen gegenüber dem Vorgesetzten, vielmehr diejenige mindestens des Gleichberechtigten, wenn nicht sogar des Vorgesetzten oder doch Übergeordneten.“

Die Richter entschieden, dass der Konzern seiner Verpflichtung nicht nachgekommen war, Gesundheit und Wohlbefinden seiner Beschäftigten zu schützen. Aufgrund dieser Verletzung der Fürsorgepflicht sprach das Gericht Wollheim 10 000 DM zuzüglich vier Prozent Zinsen seit dem 1. Juli 1951 zu.

Zwar lehnte die I.G. Farben auch nach Verkündung des Urteils jede Schuldanerkennung ab, begann jedoch aus der Überlegung heraus, dass aufgrund dieses Urteils weitere Schmerzensgeldforderungen folgen könnten, mit der „Jewish Conference on Material Claims against Germany“ (ein Zusammenschluss von 22 wichtigen jüdischen Organisationen aus aller Welt) über eine Gesamtlösung zu verhandeln. Anfang 1957 erklärte sich das Unternehmen bereit, 30 Millionen DM zur Verfügung zu stellen, um Entschädigungen an frühere Zwangsarbeiter zu leisten. Mit dieser einmaligen Zahlung an 7655 ehemalige Zwangsarbeiter ließen sich die Vertreter der I.G. jedoch die Zusicherung geben, dass damit weitere Ansprüche gegen die I.G. Farben entfielen. Andere westdeutsche Unternehmen, die am Weltmarkt operierten, schlossen sich dem Vergleich an und zahlten ihren ehemaligen jüdischen Zwangsarbeitern jeweils 5 000 DM.

Zusammengestellt aus: Werner Abelshauser, Die BASF seit der Neugründung von 1952, in: Ders. (Hg.), Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte, S. 343–345

Entwicklung der I.G.-Farben AG:

1904	Gründung als Interessen-Gemeinschaft von Agfa, BASF und Bayer nach Vorbild so genannter amerikanischer Trusts
1916	Während des 1. Weltkrieges schlossen der I. G. weitere Unternehmen an, u.a. Hoechst und Cassella. Zu den wichtigsten Produkten der I. G. zählte die Herstellung von Giftgaskampfstoffen und Sprengstoff.
1925/26	Gründung der I. G. Farbenindustrie AG in Frankfurt/M. Carl Bosch von der BASF wurde erster Vorstandsvorsitzender, Carl Duisberg von der Bayer AG wurde erster Aufsichtsratsvorsitzender, in dem auch Fritz Haber Mitglied war. Die Einzelunternehmen waren nun nur noch Zweigniederlassungen der AG, die nun ca. 80 000 Angestellte umfasste.
1926	In Leuna beginnt die Herstellung von synthetischem Benzin. Diese kostenintensive Produktion aber mittelfristig auf staatliche Unterstützung angewiesen.
1932	Der Direktor der Leuna-Werke nimmt daher Kontakt zu Adolf Hitler auf. Dieser verspricht bei einer Regierungsbildung durch die NSDAP eine Subventionierung der Benzinherstellung. Wenig später erhielt Hitler die höchste Wahlkampfeinzelspende seitens der deutschen Industrie in Höhe von 400 000 Reichsmark.
1933	Die IG-Farben AG erhält von der neuen deutschen Regierung eine Absatz- und Mindestpreisgarantie für 350 000 t synthetisches Benzin.
1935	Hermann Schmitz wird Nachfolger von Carl Bosch als Vorstandsvorsitzender
1937	Nahezu alle Direktoren der I. G. waren mittlerweile Mitglieder der NSDAP.
1940	Carl Krauch wird neuer Aufsichtsratsvorsitzender. Krauch stieg parallel auch als Regierungsmitglied auf und wurde Direktor der rüstungswirtschaftlichen Kommandozentrale und Bevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Produktion. I. G. Farben umfasste schließlich 200 Werke in Deutschland und war an weiteren 400 deutschen und 500 ausländischen Unternehmen beteiligt.
1935–1945	Die I. G.-Produktion von synthetischem Gummi (Buna) und Benzin und dem Kunststoff Perlon ermöglichte das Unternehmen wichtige Voraussetzungen für die deutsche Kriegswirtschaft. I. G. Farben übernahm wichtige Chemiebetriebe in den besetzten Gebieten und errichtete 1941 eine große Bunaanlage in Auschwitz. Für die Häftlinge der Fabrik entstand das KZ Monowitz. Auch im benachbarten Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau war die IG Farben aktiv. Ihre Tochtergesellschaft Degesch (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung) lieferte das Zyklon B, das in den Gaskammern der Vernichtungslager eingesetzt wurde
1945	Die Alliierten planten die Konfiszierung und Auflösung der I. G.-Farben AG. Aufgrund der Verflechtung des Konzerns vor allem mit der mächtigen amerikanischen Standard Oil wurde die Zerschlagung des Konzerns in den westlichen Besatzungszonen jedoch nicht konsequent verfolgt.
1951/52	In der BRD wird die I. G.-Farben wieder in ihre ursprünglichen Unternehmen aufgeteilt (u. a. Agfa, BASF, Hoechst AG, Bayer AG, Chemische Werke Hüls AG, Cassella, Duisburger Kupferhütter AG, etc.)
1952	Die I. G. tritt in Liquidation und befand sich ab 1955 über Jahrzehnte in Abwicklung.
2003	Die Liquidatoren der I. G.-Farben melden Insolvenz an.

